

## **Botschaft der Flüchtlingsinitiativen an die heimische Politik: Wir brauchen mehr als schöne Worte! Wir brauchen demokratisches Rückgrat!**

Die Flüchtlingsinitiativen des Landkreises Marburg-Biedenkopf bilden ein Netzwerk. Am Mittwoch, dem 25. Juni 2019, haben sie sich getroffen. Zunächst war der Ablauf wie immer. Aus dem gesamten Landkreis gab es Fragen an die zuständigen Behörden. KJC, Ausländerbehörden, Sozialarbeit und mehrere andere Ämter waren hochrangig vertreten. Die meisten Probleme konnten geklärt werden, andere blieben offen. Behörden und Flüchtlingsinitiativen haben im Lauf der Jahre ein produktives Arbeitsverhältnis zu einander gefunden. Alle akzeptieren teils völlig entgegengesetzte Rollen. Alle wissen, dass Geflüchtete und Einheimische, Behörden und Zivilgesellschaft nur im Dialog an einer gemeinsamen Zukunft mit Toleranz und sozialer Sicherheit arbeiten können. Selbstverständlich gibt es immer wieder Reibungsverluste zwischen Kreis- und Kommunalpolitik, Verwaltung und Flüchtlingsinitiativen. Aber Konflikte „aus Versehen“ können verhindert werden. Der Blick auf andere Regionen macht deutlich: diese Entwicklung ist uns allen gut bekommen.

### **Störfaktor abgehobene Verwaltungsentscheidungen**

Die Stimmung kippte schlagartig, als ein Fall aus Afghanistan zur Sprache kam. Der Betroffene und sein deutscher Unterstützerkreis aus dem Süden des Landkreises bemühen sich seit Jahren, an der offiziellen Klärung der Identität mitzuwirken. Mehrfach waren sie schon ohne jedes Ergebnis beim afghanischen Generalkonsulat. Die beschafften Dokumente reichen den deutschen Behörden nicht, die geforderten Unterlagen sind in Afghanistan nicht zu besorgen. Der Mann hat dort keine Verwandten mehr. Vielleicht ist auch nicht genug Geld an die richtigen Stellen geflossen. Aber wo sind die richtigen Stellen? Örtliche Behörden zeigen durchaus Empathie und Hilfsbereitschaft. Von der Zentralen Ausländerbehörde in Gießen, die für Abschiebungen zuständig ist, und erst recht vom BAMF werden die Bemühungen vor Ort als mangelnde Kooperationsbereitschaft und Verschleierungstaktik abgetan. Der Betroffene lebt in ständiger Angst vor Abschiebung. Die Flüchtlingsinitiative empfindet Frustration, Ohnmacht und zunehmend Wut auf übergeordnete Behörden und politisch Verantwortliche, die diese ausweglose Situationen durch ständige Gesetzesverschärfungen und restriktive Ermessensentscheidungen geschaffen haben.

### **Menschlichkeit im Verwaltungsvollzug**

Dieselbe Flüchtlingsinitiative meldete sich noch einmal zu Wort. Ein Flüchtling aus Eritrea war zur Ausländerbehörde bestellt worden, um seine Duldung zu verlängern. Eine Betreuerin hat ihn auf diesem Weg begleitet. Doch dort wartete nicht das ersehnte Papier auf ihn, sondern die Polizei. Er wurde verhaftet und dem Amtsgericht zugeführt. Es gab eine kurze Anhörung, und schon wenige Stunden danach war ein ausführlicher Gerichtsbeschluss fertig. Dieser referierte die Positionen von BAMF und Zentraler Ausländerbehörde. Der Eritreer wurde in Abschiebehäft genommen und in das Gefängnis nach Darmstadt überführt. Von dort aus soll er in die Schweiz abgeschoben werden, weil er in diesem Land erstmalig Asyl beantragt hatte. Die Schweiz schiebt sehr viel häufiger nach Eritrea ab als Deutschland. Hier hätte er eine Chance gehabt, dort nicht. Und dabei geht es um viel. Der Mann hatte sich dem lebenslangen unmenschlichen Militärdienst Eritreas durch Flucht entzogen. Nach der Abschiebung hat er mit schweren Strafen zu rechnen. Im Gerichtsbeschluss fand das keinen Niederschlag. Die Betreuerin hat versucht, ihm wenigstens noch eine kleine menschliche Geste mit auf den Weg zu geben. Sie wollte in der Asylunterkunft eine Tasche mit persönlichen Utensilien packen und bat die Polizisten, dort kurz anzuhalten und die Tasche mitzunehmen. Die Erfüllung dieser Bitte wurde ihr zugesagt. Letztlich fuhr der Transport ohne Halt an der Flüchtlingsunterkunft vorbei. „So ist das halt mit dem Dublin-Abkommen und mit der politisch gewollten Beschleunigung von Abschiebungen!“ Diese Erklärung stand am Ende der Diskussion. Humane Flüchtlingspolitik geht anders.

### **Beratung und Vertrauen**

Beratungsgespräche machen einen großen Anteil der Betreuungsarbeit von Flüchtlingsinitiativen

aus. Wie wichtig ist die Schulbildung unserer Kinder? Was haben wir davon, wenn wir Deutsch lernen? Welche Rolle haben Frauen in der Familie und im öffentlichen Leben? Warum kümmern sich Behörden nicht um meine handwerklichen Fähigkeiten und fragen stattdessen immer nur nach irgendwelchen Papieren? Und nicht zuletzt: Haben wir in Deutschland wirklich die Chance auf ein besseres Leben oder sollen wir doch wieder weg von hier? In Begegnungscafés, Flüchtlingsportalen, kirchlichen Einrichtungen und schulischen Beratungsgesprächen werden diese Probleme zwischen Deutschen und Zugewanderten immer wieder diskutiert. Häufig kristallisieren sich Problemlösungen heraus, die den ursprünglichen Vorstellungen Geflüchteter nicht unbedingt entsprechen. Wirksam werden solche Lösungen nur, wenn sie erarbeitet und eben nicht erzwungen werden. Beratung setzt Vertrauen voraus. Und dann kommt plötzlich von der Zentralen Ausländerbehörde eine Einladung zum Gespräch über freiwillige Rückkehr. Zwei Behördenvertreter führen es. Sie kennen die gesamte Personalakte der geflüchteten Person. Sie locken mit Geld bei freiwilliger Ausreise und drohen mit Abschiebung bei Weigerung. Einmal ging es gar nicht um Beratung. Die Polizei war da, verhaftete den Geflüchteten und nahm ihn in Abschiebegewahrsam. In anderen Fällen fanden Details aus solchen Gesprächen ihren Niederschlag in Bescheiden und Ausweisungsverfügungen. Auf diese Weise wird Beratung zur existenziellen Bedrohung. Selbstverständlich spricht sich diese pervertierte Form von Beratung unter Geflüchteten herum. Wer ist verantwortlich, wenn daraus das Bild eines hinterhältigen Polizeistaats entsteht? Die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer der Flüchtlingsinitiativen reagieren enttäuscht und wütend.

## **Das Migrationspaket**

Zum Zeitpunkt des Netzwerktreffens hatte der Deutsche Bundestag das neuste Migrationspaket schon beschlossen. Viele ehrenamtlich Engagierte hatten gehofft, dass sich der sozialdemokratische Abgeordnete unseres Wahlkreises dagegen aussprechen würde. Sie hatten ihm Briefe und Mails geschrieben. Warum wollen Sie so hohe Hürden bei der Ausbildungs- und Beschäftigungsbildung errichten? Warum kürzen Sie in manchen Fällen Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz so extrem, dass einige Betroffene auf den Status von Hungerleidern und Obdachlosen zurückfallen? Warum machen Sie Abschiebehaft zum Normalfall und bringen Geflüchtete sogar zusammen mit Straftätern unter? Warum stoppen Sie nicht stattdessen das Sterben im Mittelmeer? Seine Antwort lässt sich auf einen knappen Nenner bringen: Um Schlimmeres zu verhüten! Der federführende Bundesminister des Inneren, für Bau und Heimat hatte noch üblere Pläne in der Hinterhand. Die immerhin seien im Gesetzgebungsverfahren verhindert worden. Die Entscheidung des Bundesrates stand noch aus. Das weckte bei einigen neue Hoffnung. Könnten grüne Politikerinnen und Politiker in diversen Landesregierungen, auch in der hessischen, das Paket verhindern, entschärfen oder zumindest verzögern? Auch diese Hoffnung wurde inzwischen enttäuscht. Der Bundesrat hat zugestimmt. Alle Verschärfungen treten in Kraft.

## **NesT – Resettlement unter falscher Flagge**

Der Bundesminister des Inneren, für Bau und Heimat Horst Seehofer hat gemeinsam mit der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration und dem BAMF ein Programm mit dem heimeligen Namen „NesT“ (Neustart im Team) aufgelegt. Es stellt die deutsche Antwort auf eine völkerrechtliche Verpflichtung dar. Weltweit gibt es nach Einschätzung des Hohen UN-Flüchtlingskommissariats 1,4 Millionen Flüchtlinge, die auch im Fluchtland an Leib und Leben bedroht sind. Sie müssen auf sichere Länder umverteilt werden. Seehofer will 500 von ihnen nach Deutschland lassen. Eines der reichsten Länder der Erde stemmt ganze 0,4 Promille eines globalen humanitären Problems. Ehrenamtliche „Mentorengruppen“, wie Flüchtlingsinitiativen in der Terminologie des Programms heißen, sollen Wohnungen besorgen und ein Jahr lang ehrenamtliche Betreuung leisten. Das wäre nichts Neues für Initiativen zwischen Neustadt und Gladenbach. Sie machen das seit Jahren. Aber jetzt sollen sie auch noch für zwei Jahre aus privaten Mitteln die Kaltmiete für die ausgewählten Flüchtlinge im Voraus bezahlen. Schulungen für Mentorengruppen bietet Seehofer zwar kostenlos an, aber Reise- und Übernachtungskosten dorthin und die Kosten für die Abholung der zugewiesenen Flüchtlinge in Friedland bei Göttingen gehen voll zu Lasten der Ehrenamtlichen. Damit das Geld auch wirklich eingeht, verlangt Seehofer polizeiliches Führungszeugnis und Schufa-Auskunft von den in Aussicht genommenen Helferinnen und Helfern. Die Flüchtlingsinitiativen haben das Programm als Zumutung empfunden, nicht als Problemlösung. „Rent a Refugee“ wäre

ein passenderer Name dafür als „Nest“. Keine einzige Initiative wird sich beteiligen.

## **Schlussfolgerungen und eine Botschaft**

In der Sitzungspause machte sich eine bittere Erkenntnis breit: Humanitäres ehrenamtliches Engagement wird in Sonntagsreden gepriesen und in der praktischen Politik unter den Teppich gekehrt. Rechtspopulistischer Krawall wird in denselben Sonntagsreden wortreich verurteilt, setzt sich aber politisch durch. Man habe Koalitionsdisziplin walten lassen und noch größere Übel verhütet, so erklären gerade sozialdemokratische und grüne Mandatsträger ihr Verhalten und bitten engagierte Ehrenamtliche um Verständnis. Mandatsträger von CDU und CSU verweisen auf Sachzwänge und öffentlichen Druck, dem man sich nicht entziehen könne. Auf dem Netzwerktreffen war vom erbetenen Verständnis nichts zu spüren, auch nicht bei Menschen, die den angesprochenen Parteien traditionell nahe stehen.

## **Botschaft an die heimische Politik**

Eine Hoffnung bleibt. Die Mitstreiterinnen und Mitstreiter der Flüchtlingsinitiativen werden angesichts des sich verstärkenden Drucks von rechts nicht ohne weiteres in die Knie gehen. Sie stehen weiterhin für Menschenrechte, Humanität und demokratische Erneuerung ein. Zweifellos gibt es in unserer Region Politikerinnen und Politiker, die sich diesen Zielen ebenfalls verbunden fühlen. Die Tür zum Dialog mit ihnen ist weiterhin offen. Wenn die jetzt zu beobachtende Kombination von salbungsvollen humanitären Sonntagsreden und Kuschen vor rechten Angriffen und Demokratieabbau allerdings anhält, könnte sich diese Tür sehr schnell schließen. Wahlen stehen bevor. Die Wiederwahl der bisherigen Landrätin oder die Neuwahl eines Gegenkandidaten bzw. einer Gegenkandidatin ist der nächste Termin. Die Wahl des Oberbürgermeisters der Universitätsstadt Marburg und allgemeine Kommunalwahlen sind schon in Sichtweite. Da sind politisch aktive Unterstützerinnen und Unterstützer gefragt, auch aus den Flüchtlingsinitiativen. Welche Kandidatinnen und Kandidaten hängen ihr Fähnlein in den Wind des vermuteten rechten Mainstreams und bemühen angebliche Sachzwänge? Welche sind bereit, auch im politischen Alltag Flagge für Menschenrechte und Demokratie zu zeigen? „Es gilt ein frei Geständnis in dieser unsrer Zeit, ein offenes Bekenntnis bei allem Widerstreit“. So heißt es in einem bekannten Kirchenlied. Wir dürfen gespannt sein.

*Cölbe, den 2. Juli 2019*  
*Kurt Bunke*